

Konkretisierter Antrag zur Verwaltungsvorlage 040/2015

Die Fraktionen von CDU und GRÜNEN im Rat der Stadt Schwelm beantragen:

Vor dem Hintergrund der drohenden Umsatzsteuerpflicht sollen frühzeitig Überlegungen über mögliche Organisations- und Betriebsformen der TBS angestellt werden.

Es soll geprüft werden, inwieweit die TBS von einer möglichen Umsatzsteuerpflicht betroffen sind. Sofern die TBS betroffen sind, soll geprüft werden, welche Organisations- und Betriebsformen möglich sind. Ziel hierbei ist das wirtschaftliche Optimum in der Gesamtbetrachtung Stadt und TBS. Neben den bereits betrachteten Betriebsformen (eigenbetriebsähnliche Einrichtung, Regiebetrieb) sollen Varianten wie Aus- bzw. Umgliederung einzelner Aufgabenbereiche aus TBS bzw. Stadt, interkommunale Kooperationen, Unternehmensgründungen bzw.-beteiligungen der AöR (gem. § 114 a Abs. 4 GO NRW) bzw. der Stadt in Betracht gezogen werden.

Unabhängig von der Umsatzsteuerpflicht sollen Schnittstellen zwischen Stadt und TBS sowie Prozesse und potenziell gemeinsame Funktionen hinsichtlich Reibungsverluste bzw. Synergien analysiert werden. Exemplarisch seien hier das Immobilienmanagement und die Vergabestelle genannt.

Verwaltung und TBS werden beauftragt, in entsprechende Überlegungen zeitnah einzusteigen. Erste Statusberichte werden im ersten Quartal 2016 erwartet.

Oliver Flühöh

CDU

Marcel Gießwein

B'90/Die GRÜNEN